

FreiBrief aus Berlin

März 2023



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was jetzt? Rot-Gelb-Grün! Würden bei der Ampel an der nächsten Kreuzung alle drei Farben gleichzeitig leuchten, würde das Chaos wie Stillstand an der Kreuzung bedeuten. Die Symbolik steht leider auch für die Arbeit der Ampel-Regierung. Nach über einem Jahr wird jedem das Chaos und Stillstand der Regierungspolitik vor Augen geführt. Großen Ankündigungen folgt in den meisten Fällen nichts, weil sich die Koalitionäre auf allen Ebenen streiten. Mehr Fortschritt wagen – unter diesem Slogan ist die Ampel angetreten. Eine von vielen vollmundigen Ankündigungen mit allenfalls stark verzögerter Umsetzung, wenn ich etwa an die Unterstützung für die Ukraine denke oder an die Entlastungen in der Energiekrise, die unsere Nachbarn viel schneller und unkomplizierter hinbekommen haben. Aber dies ist ja nur die Spitze des Eisbergs. Jüngst berichteten die Medien von rund 30 Ampel-Vorhaben, die derzeit blockiert oder verzögert werden. Angesichts der Herausforderungen und Aufgaben für unser Land ist dies eine katastrophale Entwicklung, obgleich man den größten „Blockierer“, Bundesfinanzminister Christian Lindner, noch insoweit in Schutz nehmen muss, da er Grün und Rot klar macht, dass nicht alles mit immer mehr Geld gelöst werden kann.

Eine weitere tiefgreifende Enttäuschung gab es zudem, dieses Mal aus Brüssel mit der Entscheidung des EU-Parlaments, die Zulassung von Autos mit Verbrennermotoren ab 2035 zu verbieten. Leider war das eine rein ideologische Entscheidung. Hier greift die Politik bedenklich tief in Marktmechanismen ein, denn es sollte auch auf alternativen Wegen möglich sein, saubere Fahrzeuge auf die Straße zu bringen, etwa über klimaneutrale E-Fuels oder Hybrid-Antriebe. Dies würde auch Ländern helfen, die noch lange nicht an eine Umstellung auf E-Autos denken.

Herzlichst

Migrationsdruck nimmt unzumutbare Ausmaße an und die Bundesregierung schaut weg



Die Migration nach Deutschland hat im Jahr 2022 neue historische Höchststände erreicht. Aus der Ukraine wurden mehr als 1 Mio. Kriegsflüchtlinge aufgenommen, hinzu kamen weitere 244.000 Asylanträge aus Drittstaaten. Der Januar hat mit mehr als 31.000 Asylanträgen unterstrichen, dass der Druck weiter zunimmt. Kein Wunder, dass mittlerweile im Wochentakt parteiübergreifende Hilferufe von Bürgermeistern und Landräten zu vernehmen sind, weil die Kapazitäten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen längst am Limit sind. Umso unverständlicher ist, dass der Flüchtlingsgipfel von Ministerin Faeser Mitte Februar zur ergebnislosen Farce wurde. Länder und Kommunen werden bis nach Ostern vertröstet und es scheint, als ob Ministerin Faeser die Probleme mit Blick auf die Hessenwahl einfach ignoriert. Olaf Scholz muss das Thema endlich zur Chef-Sache machen und „ordnen, steuern, begrenzen“ zum Credo unserer Migrationspolitik machen.

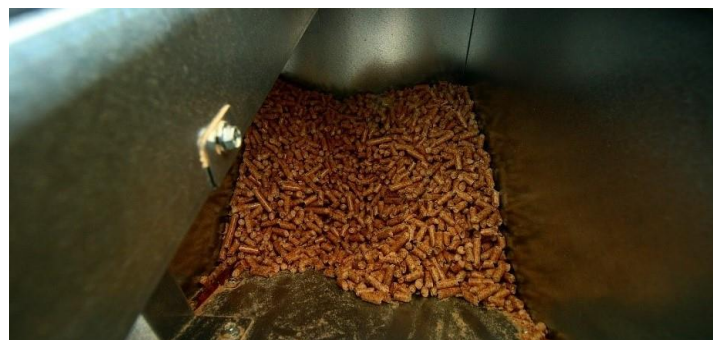
Zum Thema Migration äußerte ich mich im letzten Monat in verschiedenen Medien: Im „NTV Frühstart“ betonte ich, dass es einen Unterschied machen muss, ob man mit einem echten Asylgrund - wie zum Beispiel bei ukrainischen Geflüchteten - nach Deutschland komme oder nicht. Wir werden dauerhaft diejenigen, die wirklich verfolgt sind, nur dann schützen können, wenn der Asylbescheid bei uns auch einen Wert hat. Deshalb müssen diejenigen, die einen abgelehnten Bescheid haben, auch tatsächlich wieder zurückgeführt werden. Das gesamte Interview bei NTV sehen Sie unter: <https://www.n-tv.de/politik/Union-fuerchtet-neue-Sogwirkung-bei-Migration-article23904455.html>

Im Interview mit WELT TV ging es um die schrecklichen Morde in einer Regionalbahn im schleswig-holsteinischen Brockstedt. Die Politik muss alle Hebel in

Bewegung setzen, um die Allgemeinheit vor solchen Taten und Tätern zu beschützen. Wenn es nicht gelingt, solche Personen abzuschieben, dann müssten sie in Präventivhaft genommen werden. In jedem Fall ist völlig unverständlich, dass Personen mit solcher Vorgeschichte frei im Bundesgebiet herumlaufen dürfen. Dass da etwas passieren kann, ist programmiert.

Das gesamte dazugehörige Interview in WELT können Sie hier in voller Länge ansehen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/video243483005/Messerangreifer-in-Brokstedt-Thors-ten-Frei-fordert-Aufklaerung-und-Abschiebung.html>

Wortbruch der Ampel: Haushalte und Betriebe bei Öl, Pellets und Flüssiggas entlasten



Zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen nutzen Öl, Pellets oder Flüssiggas als Energieträger. Gut 10 Millionen Privathaushalte in Deutschland heizen mit einem dieser Energieträger. Die Entlastung bei den Energiekosten der Betriebe und Privathaushalte war von der Bundesregierung fest zugesagt worden. Schöne Worte sind aber noch lange keine Taten. Die Ankündigung eines milliardenschweren Härtefallfonds klang gut, nur leider haben die Ampel-Fraktionen die Freigabe der Mittel bisher im Bundestag verweigert. Dieser neuerliche Wortbruch der Ampel-Koalition ist ein verheerendes Signal an Wirtschaft und Verbraucher. Die Menschen müssen sich auf die Ankündigungen der Politik verlassen können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag im Deutschen Bundestag gestellt, der die Ampel dazu auffordert, ihren Widerstand gegen die Auszahlung der versprochenen Energiehilfen aufzugeben. Die angekündigten und mit den Ländern vereinbarten Gelder für die Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie Kultureinrichtungen müssen vollständig zur Verfügung gestellt werden. Auch

Energieträger wie Pellets, Öl oder Flüssiggas müssen hierbei berücksichtigt werden. Außerdem fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen schnellstmöglich zu schaffen.

Bundespräsident Steinmeier kommt im September nach Donaueschingen



Was lange währt, wird gut. Nach dem wir nach der coronabedingten Absage der Planungen im Juni 2020 unsere Einladung an unseren Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier erneuert haben, können wir mit der neuerlichen Zusage alles daran setzen, dass das Regionalgespräch in Donaueschingen in seiner 21. Auflage nach sechsjähriger Pause erneut zu einem absoluten Höhepunkt im Jahreskalender der Stadt Donaueschingen und des ganzen Schwarzwald-Baar-Kreises wird. Wir, OB Erik Pauly und ich, freuen uns sehr über die Zusage für den Freitag, 15. September, und über den expliziten Wunsch des Bundespräsidenten, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und „nicht bloß einen längeren Vortrag zu halten.“

Anne Will diskutiert den Neubau von Autobahnen sowie die Zukunft des Autos



Unter der Überschrift „Auto oder Bahn, Tempo oder Limit - Steckt die Verkehrswende im Stau?“ diskutierte ich Anfang Februar bei Anne Will im Ersten mit der Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang, dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr, der Verkehrsaktivistin Katja Diehl sowie dem WELT-Journalisten Robin Alexander. Insbesondere nach Aussagen von Aktivistin Diehl, sie habe nichts dagegen, „wenn Menschen mit bestimmten Behinderungen oder auch in bestimmten ländlichen Regionen künftig ein kleines vollelektrisches Auto besitzen“, und der Forderung von Grünen-Chefin Lang, den Bestand an Autos mit dem Ordnungsrecht zu reduzieren, betonte ich einmal mehr, dass die immer wieder bei den Grünen mitschwingende Belehrung, wie die Menschen zu leben haben, nicht positiv zur Lösung der Klimaherausforderungen beitragen. Vieles passt schließlich in keiner Weise zur Lebenswirklichkeit in Deutschland. Man muss akzeptieren, dass für 70 Prozent der Menschen nach einer Studie von Allensbach das Auto unverzichtbarer Bestandteil des Lebens ist. Es ist legitim zu sagen, wir müssen CO2-neutral werden. Ich würde aber nie sagen, wir brauchen weniger Autos. Wir müssen Politik entlang der Bedürfnisse der Menschen und nicht entlang von Parteiideologien machen. Die ganze Sendung können Sie hier noch einmal anschauen: <https://daserste.ndr.de/annewill/videos/Auto-oder-Bahn-Tempo-oder-Limit-Steckt-die-Verkehrswende-im-Stau,annewill7822.html>

SPIEGEL "Spitzengespräch" zur Ukraine



Um die Unterstützung für die Ukraine ging es im „Spiegel Spitzengespräch“, an dem ich für die Unionsfraktion neben Janine Wissler (LINKE), Ralf Stegner (SPD) als Diskutant teilnehmen konnte. Im Zentrum des von Spiegel-Redakteur Markus Feldenkirchen moderierten Streitgesprächs stand der Beschluss der

Bundesregierung, nun auch Panzer an die Ukraine zu liefern, den wir als Union schon Wochen vor der Entscheidung des Kanzlers eingefordert haben. Dabei betonte ich die Richtigkeit des Vorgehens, um weitere Aggressionen durch Russland zu verhindern, eine Verhandlungslösung zu ermöglichen und damit auch die europäische Friedensordnung zu verteidigen. Fakt ist aber auch, dass der Westen schneller und entschlossener handeln muss. Russland hat seine Wirtschaft auf Kriegsproduktion umgestellt, der Ukraine geht die Munition aus und die Unterstützer der Ukraine diskutieren viel zu lange, ohne zu entscheiden. Vieles muss schneller gehen, da der Verteidigungserfolg der Ukraine in unserem Interesse ist.

Die gesamte Sendung können Sie unter folgendem Link in voller Länge nachschauen:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ralf-stegner-im-spiegel-spitzengespraech-zu-waffenlieferungen-das-heisst-tod-vertreibung-vergewaltigung-zerstoerung-a-301f9ab0-8ca0-4380-812c-308d84961d55>

Ganz persönlich - zu Gast bei "Sitzungswoche Sprechstunde"



Kürzlich war ich zu Gast bei der Veranstaltungsreihe „Sitzungswoche – Sprechstunde“ der Berliner Wirtschaftsgespräche in der „Ständigen Vertretung“ am Berliner Schiffbauerdamm. In diesem etwa einstündigen Gespräch mit Journalist und Berater Christoph Nitz gab ich abseits des hektischen Politikbetriebs einen sehr persönlichen Einblick in meinen Werdegang, mein politisches Wertefundament, die aktuellen Herausforderungen Deutschlands sowie in die Arbeit als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die gesamte Sendung können Sie hier noch einmal in voller Länge nachschauen: <https://youtu.be/mpHWlqGqWPs>

Darüber hinaus empfiehlt sich der Blog von Susanne Stracke-Neumann für einen Überblick: <https://www.freitag.de/autoren/sustracke/opposition-union-in-der-opposition-angekommen>

Größte Demokratie der Welt ist ein unverzichtbarer Partner für Deutschland



In Kürze wird Indien bereits China als bevölkerungsreichste Nation der Welt ablösen. Schon heute ist Indien die größte Demokratie der Welt. Die Bedeutung Indiens kann in keiner Weise unterschätzt werden. Das Land ist mehr denn je ein unverzichtbarer strategischer Partner für Deutschland. Das gilt ganz besonders für die Verteidigung gemeinsamer freiheitlicher, demokratischer und sicherheitspolitischer Interessen angesichts des neuen Großmachtstrebens autoritärer Systeme. Indien ist heute ein unverzichtbares Gegengewicht zu China in der Region und damit ein Garant für Stabilität. Das betrifft aber auch viele Felder, die konkrete Auswirkungen auf unser Leben in Deutschland haben wie die Fachkräftegewinnung oder die Versorgung mit Medikamenten. Die Zusammenarbeit ist für beide Länder eine Win-Win-Situation, betonte ich die Bedeutung der Reise der Parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion im Deutschen

Bundestag nach Indien Mitte Februar. Wir wollen insbesondere die Verbindung in das indische Parlament stärken und damit für eine stärkere wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Zusammenarbeit werben. Die Reise nach Delhi und Bangalore wurde im Zusammenwirken mit der Deutschen Botschaft sowie der Adenauer-Stiftung organisiert. In Delhi dominierten politische Gespräche mit Abgeordneten unterschiedlicher Parteien im Ober- und Unterhaus sowie mit verschiedenen Kabinettsmitgliedern wie dem Energie-, dem Justiz-, dem Handels- sowie dem Jugendminister die Tagesordnung. In Bangalore bestimmten wirtschaftliche Themen das Geschehen. Wir informierten uns bei der Deutsch-Indischen Handelskammer sowie den dort tätigen deutschen Unternehmen Continental und Mercedes-Benz über Chancen und Risiken des indischen Marktes. Beim Besuch des indischen IT-Riesen INFOSYS wurde deutlich, warum das Land in diesem Feld eine führende Position innehat und was Deutschland für die eigene Digitalisierung lernen könnte. Es wurde aber auch genau darauf geschaut, wie Deutschland den Indern helfen kann. Die deutsche GIZ schilderte, wie deutsches Knowhow bei der Bewältigung von Alltagsherausforderungen wie die Müllverwertung unterstützt.

Podiumsdiskussion an der Realschule Donaueschingen



Mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem Landtag von Baden-Württemberg war ich Anfang Februar Teilnehmer einer Podiumsdiskussion in der Realschule Donaueschingen. Vor über 300 Schülern der neunten und zehnten Klassen ging es unter anderem um die Legalisierung Cannabis und Waffenlieferungen für die Ukraine. Ich stellte mich dabei klar gegen eine Legalisierung der Droge. Zur Unterstützung der Ukraine sagte ich, dass Deutschland Waffen an die Ukraine liefere, weil Russland das Völkerrecht gebrochen habe und auch das Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts gestellt und mit dem Überfall sämtliche Vereinbarungen gebrochen habe. Deutschland habe ein großes Interesse an diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges, aber nicht zu den Bedingungen des russischen Präsidenten, die das Ende der Ukraine bedeuten dürften.

Politischer Ascherdonnerstag in Karlsdorf-Neuthard



Beim Politischen Ascherdonnerstag war ich auf Einladung meiner Kollegen Olav Gutting MdB und Nicolas Zippelius bei der CDU Karlsruhe-Land in Karlsdorf-Neuthard zu Gast und sprach vor mehreren hundert Parteianhängern über die aktuellen Krisen, die eigentlich eine starke Regierung erfordern. Eine Regierung, die von vorn führt und sich nicht ständig wegduckt. Ich betonte unter dem Beifall der Zuhörer, dass die

Amel -Regierung bei vielen Entscheidungen, etwa zu Waffenlieferungen oder Energiepreisbremse gefühlte Ewigkeiten braucht. Von der Zeitenwende, von der Bundeskanzler Scholz vor einem Jahr gesprochen hat, ist leider nichts zu spüren. Geprägt ist die Koalitionsarbeit dagegen von Meinungsverschiedenheiten, die auch wichtige Gesetzesvorhaben lahmlegen.

CDU-Kreisvorstand diskutiert über Themen der Zeit



Genau ein Jahr nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine drehte sich die Kreisvorstandssitzung inhaltlich weitgehend um die Lage im angegriffenen Land, die Unterstützung durch Deutschland und die hohen Belastungen durch Flüchtlinge. Optisch fällt das nicht so auf, weil auch die Bilder von marschierenden Menschenlangen wie 2015 dieses Mal fehlen, aber es kamen 2022 mit 1,3 Millionen Menschen mehr Flüchtlinge nach Deutschland als 2015 und 2016 zusammen. Dies bedeutet eine enorme Herausforderung für die Kommunen. Hierzu gab Jürgen Roth, Oberbürgermeister der Stadt Villingen-Schwenningen, einen eindrücklichen Bericht aus seiner Stadt. Thematisiert wurden aber auch die sich verschlechternden Standortbedingungen für Unternehmen in Deutschland durch gewachsene Bürokratie und mehr Einschränkungen sowie die Abwanderungen von Unternehmen, ausgelöst durch die hohen Energiepreise in Deutschland.

Hüfingen steht hervorragend da



Schon 1993 hat Hüfingen den Umweltpreis des Landes Baden-Württemberg erhalten und ist in Sachen Ökologie weiterhin vorbildlich unterwegs. Dies wurde bei meinem Besuch in der Stadt einmal mehr deutlich. Werden die längst geplanten Windräder auf der Länge realisiert, produziert Hüfingen mehr als den Eigenbedarf der Stadt an Elektrizität. Bei der Wärme aus erneuerbaren Energien liegt die Stadt nach Angaben von Bürgermeister Michael Kollmeier bei über 40 Prozent. Auch mit dem dem Klimawandel geschuldeten Umbau des 1400 ha großen Stadtwaldes wurde bereits begonnen. Die Stadt ist schuldenfrei und hat zuletzt Kitas und die Gemeinschaftsschule saniert und ausgebaut oder auch eine neue Kinder- und Jugendbibliothek eingerichtet. Trotz dieser erstaunlichen Bilanz ist die wachsende Stadt mit fast 8000 Einwohnern dennoch nicht sorgenfrei. Das Hallenbad ist in die Jahre gekommen. Ein Neubau wird auf zehn bis zwölf Millionen Euro taxiert. Hier hofft die Stadt auf finanzielle Unterstützung vom Bund oder eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, um das Schwimmangebot für alle aufrechterhalten zu können.

Bräunlingen ist auf einem gutem Weg



Die Stadt Bräunlingen hat in den nächsten Jahren einiges vor. Nachdem das Neubaugebiet Bregenbergring erst einmal ausreichend Platz für neue Häuser bietet, geht Bürgermeister Micha Bächle nun den letzten Abschnitt der Innenstadtsanierung an. Für die Sanierung der Kirchstraße mit Rathaus und weiteren städtischen Gebäuden möchte er gerne in das Landessanierungsprogramm aufgenommen werden. Davon sollen dann auch sanierungswillige Privathausbesitzer profitieren können, ebenso von der geplanten Nahwärmeversorgung in diesem Bereich. Hierfür ist eine neue Hackschnitzel-Heizzentrale am Platz des stillgelegten Halenbads geplant. Diese Pläne stellte der Bürgermeister bei meinem Stadtbesuch vor. Der Stadt muss ich ein Kompliment machen. Bräunlingen hat es verstanden, die Grundlagen für Wachstum zu legen. Hier ist die Stadt, ob beim Wohnen oder Gewerbe, goldrichtig unterwegs. Und auf diesem Weg ist Bräunlingen auch immer gut mit Zuschüssen ausgestattet worden. So gewinnt man als aufmerksamer Beobachter schnell den Eindruck, dass alles hier gut in die richtige Richtung läuft.

Deutscher Bundestag sagt "Nein" zu Kindersoldaten



Jedes Jahr engagieren sich Kinder und Jugendliche in aller Welt am internationalen Red Hand Day mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen. Das Symbol der Aktion steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Die Kinderkommission des Deutschen Bundestags unterstützt auch in diesem Jahr diese Aktion mit einem eigenen Stand, an dem alle Abgeordneten ihre Unterstützung zum Ausdruck bringen können. Die gesammelten Handabdrücke leitet die Kinderkommission an die Vereinten Nationen

weiter. Wie jedes Jahr unterstützte ich die Aktion, da für mich Kinder und Jugendliche egal wo auf der Welt in Schulen und Universitäten gehören, um die eigene Zukunft selbstbewusst und klug gestalten zu können. Waffen, Gewalt und traumatische Erlebnisse aber bewirken genau das Gegenteil. Deshalb braucht es so viel Unterstützung wie möglich, um auf bestehende Missstände hinzuweisen und Veränderungen zu ermöglichen.

Verabschiedung von Bürgermeister Scheffold in Hornberg



Mit dankbarem Applaus ist Siegfried Scheffold nach 22 Jahren im Amt des Bürgermeisters der Stadt Hornberg von den Gästen in den voll besetzten Stadthalle in den Ruhestand verabschiedet worden. Ich bedankte mich bei Siegfried Scheffold für eine stets sehr gute, freundschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit. In seine Amtszeit fiel der Bau des Umfahrungstunnels und nach dessen Fertigstellung hat sich das Gesicht unter der Führung des Bürgermeisters sehr positiv entwickelt, ebenso der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Lebensqualität in der Stadt. Gleichzeitig hatte ich die Gelegenheit dem aus St. Georgen stammenden neuen Bürgermeister Marc Winzer einen guten und erfolgreichen Start sowie steilen Optimismus, Schaffenskraft und das nötige Quäntchen Glück bei allen vor ihm liegenden kleinen und großen Herausforderungen im wohl schönsten Gestaltungsamt in unserem Land zu wünschen.

Für Parteiausschluss Maaßens im SWR2-Interview



Zu Hintergrundgesprächen mit Redaktionsvertretern sowie Landessendedirektorin Stefanie Schneider und Intendant Prof. Dr. Kai Gniffke war ich im Funkhaus des Südwestrundfunks in Stuttgart zu Gast. SWR2 nutzte die Gelegenheit für ein kurzes Radiointerview und befragte mich zur Situation der Partei nach einem Jahr in der Opposition sowie zu den populistischen Äußerungen des ehemaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz und CDU-Mitglieds, Hans-Georg Maaßen. Im Gespräch sagte ich, dass Maaßen seine Parteimitgliedschaft nutzt, um seine kruden Ideen mit mehr Nachdruck in der öffentlichen Debatte unterzubringen. Nachzuhören ist das Interview unter folgenden Link: www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/unionsfraktion-maassen-ist-partei-schaedigend-und-soll-austreten-100.html

Eine Stunde Parlament im Otto-Hahn-Gymnasium in Furtwangen



Auf Einladung von Sophia Hall war ich zu Gast bei den angehenden Abiturienten des Otto-Hahn-Gymnasiums. Sie war bei mir als Praktikantin im Berliner Büro und wollte ihren Mitschülern den Parlamentsalltag näherbringen. Aufgeteilt nach den politischen Kräften im Deutschen Bundestag debattierten wir über die Energiepolitik, Infrastruktur-Planung auf dem Land, Waffenlieferungen für die Ukraine oder auch über die Zukunft der im Bregtal ansässigen Auto-Zuliefererindustrie in Zeiten des Technologiewandels.

Diskussion beim Wirtschaftsrat in Pforzheim



Georg Wellendorf, Sprecher des Wirtschaftsrats, Sektion Pforzheim, sprach eingangs des „politischen Mittagstischs“ des Wirtschaftsrats, von einem Hilferuf der Wirtschaft. Er dachte dabei nicht an die Lieferprobleme in der Pandemie oder die hohen Energiepreisen, sondern vor allem an die Bürokratie, die den Unternehmen immer mehr zu schaffen mache. Ich betonte in meiner anschließenden Rede, dass die Herausforderungen für die Wirtschaft nach den Pandemie-Jahren und einem Jahr Krieg in der Ukraine immens seien. Zu einem effizienteren und konkurrenzfähigen Wirtschaften gehört für mich zweifellos günstigere Energie, aber auch eine Entlastung durch niedrigere bürokratische Hürden. Letzteres ist möglich, wenn wir nur wollen. Das hat uns der Bau der LNG-

Terminals in nur wenigen Monaten gezeigt. Normalerweise brauchen wir hierfür inzwischen leider Jahre.

Rede bei der CDU in Nußbach



In der ersten Versammlung des kleinen CDU-Ortsverbandes Nußbach nach der Corona-Zwangspause dankte ich dem langjährigen Vorsitzenden Bernhard Dold und seinem Team für die engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren. Ebenso gratulierte ich dem früheren Ortsvorsteher Karl Reißler für seine 60 Jahre währende Treue zur CDU. In meiner Rede sprach ich über den Erneuerungsprozess der CDU in Deutschland nach dem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl 2021. Klar ist, dass wir unsere Stärken wieder stärken müssen. Gleichzeitig müssen wir bei jenen Themen an Glaubwürdigkeit zulegen, die man eher bei anderen Parteien verortet, etwa dem Klimaschutz. Ich betonte aber auch, dass wir die besseren Lösungen haben und die Ampel-Regierung ausreichend Angriffsflächen, etwa in der Verteidigungs-, Migrations- oder Energiepolitik, bieten.

Schonach freut sich über Arzt-Ansiedlung



Positive Eindrücke habe ich bei meinem Gemeindebesuch in Schonach mitgenommen. Groß ist die Freude bei Bürgermeister Jörg Frey und den Fraktionsvertretern beispielsweise über die geplante Ansiedlung eines Arztes in der Gemeinde, auf die man lange gewartet hatte, und den Abschluss der Breitbandverlegung im Außenbereich. Ohne Probleme ist die Gemeinde

nicht, denn leider hat die Bundesregierung im Oktober die Förderung für den Anschluss des anstehenden Innenbereichs vorerst gestoppt. Und ohne die 50-Prozent-Unterstützung kann sich weder Schonach noch eine andere Kommune den Ausbau leisten, ohne dabei andere wichtige Aufgaben zu vernachlässigen. Ebenso wartet man nach der Pensionierung der Rektorin auf eine neue Leitung an der Schule. Klar sprachen sich Bürgermeister und Räte zudem für den B523-Lückenschluss aus, denn diese Achse bei Villingen würde auch den Schonachern den Weg zur Autobahn deutlich verkürzen.

Freude über Entwicklung Dauchingens



Dauchingen sehe ich auf einem sehr soliden Weg, sagte ich gegenüber Bürgermeister Torben Dorn und Fraktionsvertretern beim meinem Gemeindebesuch. Interessant war zudem die Betriebsbesichtigung beim Stanz- und Umformungsunternehmen Mannhardt. Sorgenfrei ist Dauchingen allerdings nicht. Die neue Flüchtlingswelle stelle eine arge Belastung dar. Wohnraum sei knapp, Kindergarten und Schule längst an der Kapazitätsgrenze. Wir waren uns einig, dass die Bundesregierung mit ihrer Politik die Kommunen zu oft im Stich lasse. Angesprochen wurde von der Runde die hohe Bürokratielast. Hinzu kämen immer mehr Aufgaben von Bund und Land, etwa der gesetzliche Betreuungsanspruch für Grundschüler ab 2026. Dies bedeute für die Kommunen enorme Kosten, aber angesichts des Arbeitskräftemangels auch eine kaum

erfüllbare Aufgabe. Ich betonte, dass Bürokratieabbau möglich sei. Dafür müsse der Bürger aber vermeintliche Ungleichbehandlungen wieder akzeptieren lernen, denn viele Klagen vor Gericht führten zu Urteilen und oft zu neuen Gesetzen und Vorschriften als Folge, ebenso zu langen zeitlichen Verzögerungen.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag, 7. März, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei